

Ein Loch im Haushalt

Extra T.p.
09.03.09

Göttingen: Unterdeckung von satten 24 Millionen Euro

In einer Sondersitzung des Rates am 18. März soll nach dem Willen des Oberbürgermeisters Wolfgang Meyer ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 verabschiedet werden. Darin wird es vor allem um die Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket II gehen. Dazu stellt die CDU-Ratsfraktion unter Hinweis auf die jüngsten katastrophalen Zahlen aus der Wirtschaft die klare Forderung, den Gesamthaushalt der Stadt endlich auf eine realistische Basis zu stellen.

„Im Februar hat die rot-grüne Haushaltsmehrheit einen Haushalt verabschiedet, der schon zum damaligen Zeitpunkt von falschen Zahlen ausging,“ meint der CDU-Fraktionsvorsitzende Fritz Güntzler. „Wenn es schon notwendig ist, wenige Wochen später einen Nachtragshaushalt einzubringen, dann ist es im Sinne der Haushaltswahrheit zwingend erforderlich, die Zahlen des zu erwartenden Steueraufkommens endlich auf ein realistisches Maß zu reduzieren. Als wir den Haushalt mit Hinweis auf aktuelle Schätzungen der Bundesbank und des Deutschen Städtetages abgelehnt haben, ist uns Kaffeesatzleserei vorgeworfen worden. Mittlerweile sind die Perspektiven durch massive Auftragseinbrüche und eine Vielzahl von Kurzarbeitern in einer ganzen Reihe Göttinger Betriebe noch viel schlimmer geworden.“ Im abgeschlossenen Jahr 2008 hat die Stadt Göttingen aus der Gewerbesteuer den Rekordbe-

trag von 64 Mio. Euro eingenommen. Im verabschiedeten Haushalt wurden für das Jahr 2009 durch den SPD-Oberbürgermeister und das rot-grüne Haushaltsbündnis völlig überzogene 68 Mio. Euro angesetzt. Bereits im Januar prognostizierte der Deutsche Städtetag Mindererinnahmen der Kommunen von mindestens neun Prozent. „Im Finanzausschuss am 26. Februar musste nun die Verwaltung in ihrem Finanzbericht erstmals „die Hosen runterlassen“ und konkrete Zahlen für 2009 vorlegen“, so Güntzler. Danach beträgt das Anordnungssoll für die Gewerbesteuer 2009 lediglich noch 44 Mio. EUR. „Das bedeutet eine Unterdeckung im Haushalt von satten 24 Mio. EUR“, so Güntzler. „Diese Entwicklung ist dramatisch. Der Oberbürgermeister muss endlich handeln.“

Daher fordert die CDU-Ratsfraktion von der Verwaltung im Rahmen des Nachtragshaushalts einen realistischen Ansatz der Steuereinnahmen und ein dann

notwendiges Haushaltssicherungskonzept. „Wenn der Oberbürgermeister meint, er könne auf der Basis seines überholten Haushaltsansatzes weiterwursteln, so wird er damit auch bei der Kommunalaufsicht nicht durchkommen,“ so Fritz Güntzler.

Und sollte der Oberbürgermeister nun nicht umgehend eine Haushaltssperre anordnen? Die Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung - GemHKVO sagt, dass, wenn die Entwicklung der Erträge und Einzahlungen oder Aufwendungen und Auszahlungen oder die Erhaltung der Liquidität es erfordern, der Hauptverwaltungsbeamte die Inanspruchnahme der Haushaltsermächtigungen ganz oder teilweise sperren kann.

Eine haushaltswirtschaftliche Sperre darf dann nur nach einer Verbesserung der Entwicklung aufgehoben werden. Der Rat wird – immerhin – über eine hauswirtschaftliche Sperre und deren Aufhebung unterrichtet.



Hat Sorge um den städtischen Haushalt: Fritz Güntzler.

Foto: bb